Höchstpreise für Milch und Milcherzeugnisse.

Für die Zeit vom 29. November 1922 an werden für das Land Sachsen folgende Erzeuger-Höchstpreise festgesetzt, die an Stelle der bisherigen Marktpreise treten.

Vollmilch, Mager- und Buttermilch.

Für Lieferung ab Stall an Milchhändler, Molkereien oder Sammelstellen: 70 Mark je Liter Vollmilch oder 28,75 Mark je Liter-Fettprozent, 35 Mark je Liter Mager- oder Buttermilch.

Landmolkereien ist für die Lieferung molkereimäßig behandelter, in einwandfreiem Zustande am Empfangsorte eintreffender Milch ab Molkerei 78,40 Mark für das Liter Vollmilch, 39,20 Mark für das Liter Mager- oder Buttermilch zu zahlen.

Butter.

Für Kuhhalter: 700 Mark je Pfund ab Gehöft.

Für gewerbliche Molkereien: 770 Mark je Pfund ab Molkerei.

Speisequark mit höchstens 75 Prozent Wassergehalt: 70 Mark je Pfund ab Gehöft oder Molkerei.

Quark- und Magerkäse.

175 Mark je Pfund ab Molkerei oder Käserei.

Die Kommunalverbände oder, wenn diese davon absehen, die Gemeindebehörden haben im Einvernehmen mit den zuständigen Preisprüfungsstellen unverzüglich Höchstpreise für den Milchkleinverkauf sowohl durch die Molkereien und Milchhändler, als auch durch die Erzeuger unmittelbar an den Verbraucher unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse festzusetzen. Der Kleinverkaufspreis für den Erzeuger ab Gehöft (Verliterungspreis) darf dabei höchstens auf 80,50 Mark je Liter Vollmilch und 40,25 Mark je Liter Mager- oder Buttermilch festgesetzt werden.

Diese Festsetzungen sind erfolgt trotz des Widerspruchs des Landeskulturrates. Er hat in einer Eingabe an das Wirtschaftsministerium ausgeführt, daß die Zwangswirtschaft gerade auf dem Gebiete der Landwirtschaft versagt habe und fährt fort: „Am härtesten treffen die Maßnahmen des Wirtschaftsministeriums die Landwirtschaft des Erzgebirges und Vogtlandes, die schon durch die Getreidemißernte an den Rand des Abgrundes gebracht worden ist und für die die Einnahmen aus der Milchwirtschaft den einzigen Rückhalt (?) noch bilden. Nimmt man ihnen auch diesen, so ist ihr wirtschaftlicher Untergang besiegelt". Uebrigens werden wir vielleicht auch noch Eierhöchstpreise bekommen. Die Preisprüfungsstelle für Dresden hat nämlich die Eierpreise ungerechtfertigt hoch befunden und beschlossen, die Landesregierung um einen Erlaß zur Festsetzung von Eierhöchstpreisen zu bitten.

Gewurstel.

Die Geburtswehen waren schwer, aber nun ist das neue Kabinett glücklich zur Welt gebracht. Was wird das Lebensschicksal des Neugeborenen sein? — ? —

Keine Prophezeiung! — Aber verschiedene Gratulanten haben doch schon ein säuerlich-bedauerliches Lächeln auf dem Gesichte gehabt und schwer besorgt vor sich hingenickt.

Es hat gewurstelt, es wurstelt, es wird weiter wursteln.

Ob Wirth, ob Cuno, ob sonstwer — ich glaube, sie haben alle das Beste gewollt, und wenn der Dollar trotz alledem hochgegangen ist wie ein Choleriker, es lag vielleicht an den Kanzlern selber am allerwenigsten.

Früher war Deutschland schwer und gewichtig, ein vollbesetzter Autobus, und fuhr dahin mit Gedonner und wohl auch mit Dreckspritzen. Aber heute ist unser armes Deutschland nur noch wie ein zerbrechliches Kinderwägelchen, und davorgespannt ein scheues Pferd, das alle paar Minuten ins „Fitzen" gerät und loslegt. Und dieses Vehikel kippt schon, wenn es über ein paar gefrorene Pferdeäppel hinwegfährt, die von dem stolzen Roß eines französischen Generals abstammen.

Hat es aber gekippt, dann schimpft man auf den armen, unschuldigen Kinderwagenlenker. Gut, er steigt von seinem jammervollen Ehrensitz herab, der ihn vielleicht erst gelockt, ihm aber bald Schmerzen am verlängerten Rücken eintrug. Er steigt herab, aber schon schreit man wieder Wehe! über die „vereinigte Geistesarmut" der Kanzlerstürzer, nachdem man vorher selber maßlos gehetzt hat.

Deshalb Bürger, Bürgerproletarier und Proletarier: Seid politisch — aber „mäßig" nicht soviel über Politik! — —

Wir sollten uns doch mit Besserem beschäftigen!

Ein nachahmenswertes Beispiel dürfte da der Beschluß der Stadt Kassel sein, im Orangerieschloß eine Geflügelausstellung zu halten. Man stelle sich doch nur einmal den Eindruck vor, den das wunderschöne Gebäude auf die Hühner und ihre Züchter machen muß! Gackern und Kikeriki, Eier und Stallduft in den Prunkgemächern ehemaliger Despoten: das ist stilvoll und eine gesunde, praktische Erziehung republikanischen Geistes! —

Hier fühlen wir aber den Zug der Zeit: Aufwärts zum Schönen! — dem auch die Zeulenrodaer Kommunisten in ihrem neuesten Vorschlag folgen: Der Kaiser-Wilhelm-Platz wird umgetauft und heißt fortan Rosa-Luxemburg-Platz. Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal wird weggerissen, dafür eine Bedürfnisanstalt errichtet — ein erhabenes Monument von tiefem wellblechernem Symbolismus in Hinsicht auf den umgetauften Platz. Zeugt dieser Vorschlag nicht von Geschmack? — Sicher! Bloß haben sie ihn, wie man so sagt, „ein bißchen weit hinten".

—s.

Letzte Drahtnachrichten.

Die Ruhrbergleute gegen vermehrte Kohlenlieferungen an die Entente.

Berlin, 28. November. Nach einer Korrespondenzmeldung soll unter den Bergleuten des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirks die Neigung bestehen, das Ueberschichtenabkommen für den Fall zu kündigen, daß die an die Entente zu liefernden Kohlenmengen heraufgesetzt werden sollen.

Neue Parteibildungen in Bayern.

Berlin, 28. November. Wie die Blätter aus München melden, hat gestern die unter Führung des ehemaligen Oberst von Xylander von der bayerischen Mittelpartei abgetrennte Gruppe ihre Gründung vollzogen, sie nennt sich nach dem Vorwärts völkischer Rechtsblock in Bayern.

Berlin, 28. November. Nach Meldung der Deutschen Allgemeinen Zeitung hat sich der bayerische Bauernbund auf seinem Parteitag in München der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes angeschlossen und den Namen bayerische Bauern- und Mittelstandspartei angenommen.

Berlin, 28. November. Wie B. T. mitteilt, ist die Weiterarbeit an der Herausgabe der diplomatischen Akten im Auswärtigen Amt soweit gefördert worden, daß die zweite Rate des Werkes „Die große Politik der europäischen Kabinette 1871/1914" unter dem Titel „Der neue Kurs" in Stärke von 6 Bänden innerhalb des ersten Vierteljahres 1923 erscheinen wird. Die zweite Reihe veröffentlicht Material der Jahre 1890/97.

Karolyi-Prozeß.

Budapest, 28. November. (Ungarisches Korrespondenzbüro.) In der gestern wieder aufgenommenen Verhandlung des wegen Vaterlandsverrates angestrengten Konfiskationsprozesses gegen den Grafen Karolyi beschloß das Gericht, die Beweise für die Angaben des klagenden Fiskus, daß Karolyi während des Weltkrieges mit feindlichen Ländern und deren Spionen in Verbindung gestanden habe, um den Friedensschluß um jeden Preis herbeizuführen, sowie die Bande zwischen Ungarn und den übrigen Ländern der österreichisch-ungarischen Monarchie zu lösen und Ungarn dem Bündnis mit Deutschland zu entziehen, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit entgegenzunehmen.

Aus Lausanne.

Lausanne, 28. November. Lord Curzon erklärte heute, daß er die Auffassung Amerikas in der Frage der Wirtschaftszone und der Politik der offenen Tür teile. England sei zum Verzicht auf den Vertrag von San Remo vom Jahre 1920 bereit. Man sieht in dieser Erklärung eine Antwort auf die Anfrage des Botschafters Child vom letzten Sonnabend und ein Anzeichen für eine englisch-amerikanische Einigung in der Konzessionsfrage.

Lausanne, 28. November. Pressevertretern gegenüber erklärte Rakowski, daß Rußland die gleichen Interessen wie die Türkei habe und sowohl in der Grenzfrage wie in der Meerengenfrage und in der Frage der Kapitulationen auf türkischer Seite stehe. In Bezug auf die Beziehungen Rußlands zu Italien erklärte Rakowski, daß das Verhältnis zwischen beiden Ländern ausgezeichnet sei, und daß Rußland für die Zulassung zu allen Konferenzverhandlungen auf die Unterstützung Italiens rechne. Die rumänischen Anschuldigungen über angebliche Kriegsgelüste Rußlands wies Rakowski zurück, da Rußland schon durch Verminderung seines Heeres auf die Hälfte den Beweis für seine friedliche Gesinnung erbracht habe.

Neue Sanktionsforderung Frankreichs.

Paris, 28. November. Die gestern unter dem Vorsitz Millerands stattgehabte Beratung im Elysee, berichtet „Matin", hatte die Prüfung der Maßnahmen zum Gegenstand, die ergriffen werden sollen für den Fall daß die Brüsseler Konferenz nicht zusammentritt oder daß ihr Ergebnis den berechtigten Hoffnungen der französischen Regierung nicht entspricht. Die geprüften Maßnahmen ließen vermissen einerseits eine Beschlagnahme der augenblicklichen Besetzung rheinischer Gebiete, aus denen sämtliche deutsche Beamte ausgewiesen werden sollen, andererseits die Besetzung von etwa ⅔ des Ruhrgebietes einschließlich Essen und Bochum, sodaß Frankreich über Steinkohle und metallurgisch notwendigen Koks verfügen kann. „Petit Parisien" glaubt zu wissen, daß die Konferenz der Prüfung der Reparationsfrage und der Maßnahmen gewidmet gewesen sei, zu welchen die französische Regierung eventuell, sei es auf dem rechten oder auf dem linken Rheinufer, zu greifen gezwungen sein werde.

Berichtigung einer Berichtigung.

Paris, 28. November. Die Agence Havas veröffentlicht eine umfangreiche offiziöse Erklärung auf die vom W.T.B. veröffentlichte Richtigstellung der verschiedenen Behauptungen des französischen Ministerpräsidenten Poincare in der Kammer. Die Erklärung beschäftigt sich in erster Linie mit der Frage der Zahl der deutschen Beamten. Diese betrage allein in der preußischen Verwaltung 80 277 Personen mehr als am 1. April 1914. Außerdem rechtfertige sich die Behauptung, daß Deutschland die Beamtengehälter erhöhe, ohne gleichzeitige entsprechende Erhöhung der Steuern. Was die Ein- und Ausfuhr anbetrifft, so sei zu bemerken, daß die deutsche Statistik über den auswärtigen Handel seit dem Krieg es regelmäßig versäumt habe, eine Bilanz zu ziehen. Die Note stellt schließlich die Behauptung auf, Deutschland habe nicht für 41 Milliarden Goldmark Zahlungen geleistet, sondern diese Zahlungen hätten bis zum 30. April nur die Summe von ungefähr 8 Milliarden erreicht. Aber man müsse gerechterweise diese Summe, die Deutschland effektiv geleistet habe, den Wert der beschlagnahmten deutschen Güter in den alliierten Ländern hinzurechnen. Ferner müsse man die Ausgleichszahlungen in Verrechnung stellen. Zur Sache der deutschen Industrie und der deutschen Finanzen sagt die offizielle Havasnote, ein Land, das die Wiederherstellung seiner industriellen Materials, die Neugestaltung seiner Eisenbahnen und den Bau neuer Wohnhäuser durchführt, seine Handelsflotte wieder aufbaut und seine Häfen vergrößert, könne nicht zu gleichen Zeit von Elend sprechen. Die zeitweilige Verminderung des Goldwertes der Mark könne nicht als ein Kriterium des Rufes seiner Industrie gedeutet werden, die fortgesetzt ihre Produktion erhöhe und vervollkommne. Wenn Verschwendungssucht eine Verarmung des deutschen Staates und vielleicht der Mehrheit des deutschen Volkes herbeigeführt habe, so habe sich die Lage der Industrie gebessert und eine kräftige deutsche Industrie in dem absichtlich verarmten Lande geschaffen.

Der Dollar notierte heute vormittag in Berlin vorläufig mit 8350.

Amtliche Bekanntmachungen.

Offenhalten der Verkaufsläden.

An den letzten 8 Sonntagen vor Weihnachten, das ist am 10., 17. und 24. Dezember 1922, ist der Geschäftsbetrieb in allen offenen Verkaufsstellen und die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in den dazu gehörigen Handelsgewerben bis zu 8 Stunden, jedoch nicht über 6 Uhr nachmittags und mit Ausschluß der Zeiten des Vor- und Nachmittagsgottesdienstes, gestattet.

Soweit Christmarkt abgehalten wird, ist der Geschäftsbetrieb am letzten Adventssonntag auch auf den öffentlichen Straßen und Plätzen gestattet.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg und die Stadträte zu Aue, Eibenstock, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg und Schwarzenberg, am 25. November 1922.

Aue. Viehzählung.

Am 1. Dezember 1922 findet wiederum eine Viehzählung statt. Sie erstreckt sich auf Pferde, Maultiere und Maulesel, Esel, Rinder, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh, Kaninchen und Bienenvölker. Die Zählung wird durch Beamte vorgenommen werden. Die Viehbesitzer sind zur größten Genauigkeit in den Angaben verpflichtet. Diejenigen, bei denen eine Aufnahme des Viehbestandes durch den Zähler nicht erfolgt ist, sind verpflichtet, spätestens bis zum 3. Dezember 1922, mittag 1 Uhr, Meldung in der Ratskanzlei, Stadthaus Zimmer 13, zu erstatten. Wer nach Ablauf dieser Frist keine Meldung erstattet hat, ist strafbar.

Wer vorsätzlich eine Anzeige, zu der er auf Grund dieser Verordnung aufgefordert wird, nicht erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft, auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteile als dem Staate verfallen erklärt werden.

Aue, den 25. November 1922. Der Rat der Stadt.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Geldmann. Druck u. Verlag Auer Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H., Aue.

Meyers Klassiker-Ausgaben

Ausführliche Verzeichnisse mit Preisangaben kostenfrei
Wir liefern die Werke auf Wunsch auch gegen Teilzahlungen
H. Schumann m. b. H., Versandbuchhandlung, Leipzig
Eisenbahnstraße 17

Dr. Bahr's Zahnpulver »Nr. 23«
Erprobtes Mittel, um die Zähne gesund und weiß zu erhalten.
Zahnsteinlösend; desinfiziert die Mundhöhle.
Ist im Gebrauch billiger als Zahnpasta.
In Aue: Wettin-Drogerie; Drogerie Erler & Co., Markt; Toilettenhaus Gustav Otto. In Lauter: Kronen-Apotheke; Central-Drogerie; Adler-Drogerie. In Lößnitz: Drogerie Rich. Uhlmann.
In Raschau: Drogerie Herm. Siegel.

Ich kaufe und zahle für
Meyers Lexikon 6. Auflage, 24 Bände ..... ℳ 60000
Brehms Tierleben 4. Auflage, 13 Bände ..... ℳ 30000
A. Schumann's Verlag Leipzig Königstraße 26.

Weiche mit Henko die Wäsche rein!
„Henko" Henkel's Wasch- und Bleich-Soda, zum Einweichen der Wäsche und für den Hausputz.